

DGB Bezirk Baden-Württemberg · Willi-Bleicher-Straße 20 · 70174 Stuttgart  
Landesfrauenrat Baden-Württemberg  
Geschäftsstelle  
Gymnasiumstraße 43  
70174 Stuttgart

10. Oktober 2025

**Antrag zur Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates am 07.11.2025**

**Antragstellerin: DGB-Frauen Baden-Württemberg**

**Für den Erhalt der Höchstgrenze der täglichen Arbeitszeit - Arbeitszeitpolitik  
für Gleichstellung, Gesundheit und Demokratie**

Kontaktperson:

**Jessica Messinger**  
Bezirksfrauensekretärin  
Frauen- und Gleichstellungspolitik

**Die Delegiertenversammlung möge beschließen:**

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg fordert die Landesregierung dazu auf, sich für den Erhalt der gesetzlichen Höchstgrenze der täglichen Arbeitszeit einzusetzen.

**Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bezirk Baden-Württemberg**  
Willi-Bleicher-Straße 20  
70174 Stuttgart  
Telefon: +49 711 2028 259

jessica.messinger@dgb.de  
www.bw.dgb.de

**Begründung:**

Der 8-Stunden-Arbeitstag ist ein Schutz für Arbeitnehmer\*innen, der hart erkämpft wurde. Er ist unverzichtbar für die Gleichstellung der Geschlechter. Die geplante Aufhebung der Höchstgrenze der täglichen Arbeitszeit verspricht vor allem Arbeitgebenden mehr Flexibilität beim Einsatz der Beschäftigten.

Bereits das geltende Arbeitszeitgesetz erlaubt eine tägliche Arbeitszeit von bis zu 10 Stunden, wenn diese innerhalb von 6 Monaten ausgeglichen wird. Zusätzlich verhandeln Gewerkschaften in Tarifverträgen branchenspezifische flexible Lösungen – den Schutz der Beschäftigten und gute Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf im Blick.

Rund die Hälfte der Beschäftigten – und darunter besonders viele Frauen – profitiert nicht von Tarifverträgen, da sie in Branchen oder in kleinen Betrieben arbeiten, die keiner tariflichen Bindung unterliegen. Für sie ist das Arbeitszeitgesetz der einzige Schutzrahmen. Sie haben wenig Einfluss auf ihre Arbeitszeiten. Eine wöchentliche Höchstarbeitszeit würde genau diese Menschen am härtesten treffen: Reinigungspersonal, Pflegekräfte, Beschäftigte in der Gastronomie könnten zu 13-Stunden-Schichten mit Pausen gedrängt werden.

Diese Flexibilisierung ist auch in Sachen Gleichstellung fatal, besonders für Frauen, da sie einen Großteil der unbezahlten Care-Arbeit leisten. Wenn die täglichen Arbeitszeiten durch Abschaffung der Höchstgrenze der täglichen Arbeitszeit de facto auch kurzfristig verlängert werden können, verschärft sich diese Ungleichheit: Frauen werden noch häufiger in Teilzeit gedrängt, um Familie, Pflege und Beruf zu vereinbaren.

Längere und weniger planbare Arbeitszeiten können auch Möglichkeiten einschränken, sich ehrenamtlich und gesellschaftlich zu engagieren. Daher ist es wichtig, neben gewerkschaftlichen auch zivilgesellschaftlichen Stimmen in der Debatte über die Verlängerung der Arbeitszeit zu stärken.

Ehrenamtliches Engagement ist eine der tragenden Säulen der Demokratie. Wenn Frauen sich dafür weniger Zeit nehmen können, leidet nicht nur der gesellschaftliche Zusammenhalt, sondern auch die demokratische Mitgestaltung aus weiblicher Perspektive.

Eine verlässliche gesetzliche Arbeitszeitpolitik ist damit ein Beitrag zu einer geschlechtergerechten und demokratischen Gesellschaft.

A handwritten signature in black ink, reading "Maren Diebel-Ebers".

Maren Diebel-Ebers  
Stellvertretende Vorsitzende